

1. Der Vietnamkrieg ist ein nationaler und sozialer Befreiungskampf der südvietnamesischen Bevölkerung und zugleich ein Akt politischer Notwehr.

Alle unvoreingenommenen wissenschaftlichen Untersuchungen über die politischen und sozialen Verhältnisse in Südvietnam stimmen darin überein, daß die Regierungen in Saigon nichts dafür getan haben, die elementaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. In Südvietnam lebte stets und lebt auch heute noch eine winzige parasitäre Minderheit auf Kosten der übergroßen Mehrheit. Durch Korruption und Diebstahl eignet sich eine aus Großgrundbesitzern, Beamten, Offizieren, Großkaufleuten etc. bestehende Oberschicht die Ergebnisse der Arbeit der großen Masse des Volkes an.

Bereits im Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft hatten die Vietminh — insbesondere durch eine Agrarreform — den Weg aus diesen unhaltbaren gesellschaftlichen Verhältnissen gewiesen. Aber der Abzug ihrer Truppen aus dem Süden des Landes und die Etablierung des Diem-Regimes in Saigon als Folge des Genfer Indochinaabkommens von 1954 brachte den südvietnamesischen Bauern die Rückkehr der in die Städte geflüchteten Großgrundbesitzer und die Wiederherstellung der alten feudalen Sozialstruktur auf dem Dorfe.

Eine solche Politik konnte mit demokratischen Mitteln nicht durchgesetzt werden. Um ihre Privilegien zu erhalten, mußten die herrschenden Oberschichten die im Genfer Abkommen vorgesehenen Wahlen mit Gewalt verhindern. So wurde ein aus Armee und Polizei bestehender Terrorapparat aufgebaut, mit dem die gesamte innenpolitische Opposition ausgeschaltet werden sollte. Dieser blieb schließlich — als ihr die physische Vernichtung drohte — keine andere Wahl, als sich mit Gewalt zu wehren.

Der bewaffnete Widerstandskampf gegen das halbfaschistische Regime in Saigon ist erwiesenermaßen nicht in Hanoi ausgelöst worden; seine Wurzeln liegen in der unerträglichen Ausbeutung und Schreckensherrschaft, die das Diem-Regime ebenso wie alle späteren Saigoner Regierungen für die Bevölkerung bedeuten.

Die vietnamesischen Oberschichten wären aber niemals zur Versklavung der großen Masse der Bevölkerung imstande gewesen, hätten sie nicht von Anfang an die massive Unterstützung der USA gefunden.

2. Der Vietnamkonflikt ist keine zufällige Einzelercheinung, sondern ein Modellfall für ähnliche — bereits sich entfaltende — Konflikte in den anderen halbkolonialen Agrarländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas,

Allen diesen Ländern ist ökonomische Stagnation und lebensbedrohende Armut gemeinsam, wofür vor allem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse verantwortlich sind. Überall blockieren die gemeinsamen Interessen schwacher einheimischer Oberschichten und deren ausländischer Verbündeter den sozialen Fortschritt. Diese „unheiligen Allianzen“ eignen sich die gesellschaftlichen Reichtümer der Länder der „Dritten Welt“ an und verhindern die rationale Nutzung der vorhandenen Produktivkräfte. Diese Gegensätze zwischen den Völkern der „Dritten Welt“ einerseits und den einheimischen und ausländischen Oberschichten andererseits verschärfen sich immer mehr. Der Anteil der „Dritten Welt“ an der Weltbevölkerung nimmt ständig zu — ihr Anteil am Welteinkommen verringert sich. Die diesen Ländern gewährte „Entwicklungshilfe“ schafft keine Vorausset-

[S. 2]

zungen für ein schnelles wirtschaftliches Wachstum aus eigener Kraft. Die laufende Verschlechterung der Preise ihrer Rohstoffausfuhren, die gleichzeitige Verteuerung ihrer Fertigwareneinfuhren, die diskriminierenden Zollpraktiken der westlichen Industrieländer, die laufenden Kapitalabflüsse durch neokoloniale Extraprofite einerseits und die Flucht einheimischer Gelder ins Ausland andererseits führen zu wirtschaftlicher Stagnation und ständig wachsender Verschuldung jener Länder.

Die ökonomische Ausbeutung, die soziale Unterprivilegierung und die daraus resultierende politische und rechtliche Unterdrückung der Volksmassen der „Dritten Welt“ macht deren Emanzipation zur zwingenden Notwendigkeit.

Diese bedeutet aber für die herrschenden Klassen der kapitalistischen Industrieländer den Verlust umfangreicher ökonomischer und politischer Privilegien.

Von allen Beteiligten wird der Vietnamkonflikt als ein Modellfall kolonialer Revolution und Konterrevolution begriffen; in ihm wird bewußt das technische und taktische Instrumentarium gewonnen und vermittelt, das die erfolgreiche Bekämpfung sozialer Revolutionen nicht nur „hier und jetzt“, sondern „immer und überall“ ermöglichen soll.

Der Abzug der amerikanischen Truppen und die demokratische Regierungsübernahme in Vietnam durch die nationale Befreiungsfront wäre für andere Emanzipationsbewegungen ein neuerlicher Beweis für die Möglichkeit ihrer Befreiung und ein mächtiger Antrieb in ihrem Kampf. Diese exemplarische Bedeutung des Vietnamkonflikts haben die Machteliten der USA klar erkannt — sie ist der Hauptgrund für die Hartnäckigkeit, mit der die USA an ihrer Position festhalten.

3. Die Interventionspolitik der USA bedroht nicht nur die Existenz des vietnamesischen Volkes, sie widerspricht auch den elementaren Lebensinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung in den USA und den ihr verbündeten Ländern.

Schon heute fordert der Vietnam-Krieg auch vom amerikanischen Volk immer mehr Menschenleben, immer höhere Rüstungsanstrengungen und die verstärkte Militarisierung des öffentlichen Lebens. Maßnahmen für notwendige innere Strukturreformen wurden bereits zurückgestellt. Amerikanische Waffen stützen nicht nur in Südvietnam volksfeindliche Regime. (Wie die Landung von US-Truppen in der Dominikanischen Republik erneut zeigte, ist die Intervention in Vietnam keineswegs ein Einzelfall der Unterdrückung demokratischer Bewegungen.) Besonders in Lateinamerika mehren sich aber die Ansätze zu Volksbewegungen gegen die lebensbedrohende Ausbeutung durch die Allianz der großen US-Industriekonzerne mit den einheimischen Großgrundbesitzern und den von der Regierung der USA ausgehaltenen Militärs.

Ein Teil der Bevölkerung der USA hat inzwischen erkannt, daß die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für andere Völker die eigene Demokratie gefährdet und mit gesellschaftlichem Fortschritt im eigenen Lande unvereinbar ist; daß das Selbstbestimmungsrecht für die armen Völker der „Dritten Welt“ auch dann anerkannt werden muß, wenn diese die zur Überwindung ihres Elends notwendigen sozialistischen Formen der Produktion entwickeln. Die Völker der reichen Industriegesellschaften des Westens sind nicht angewiesen auf wirtschaftliche Ausbeutung, politische oder militärische Beherrschung armer Völker. Allein für eine schmale Oberschicht von Industriellen, Financiers, Militärs und deren politische Interessenvertreter sterben US-Soldaten in Vietnam. [S. 3]

4. Der Vietnamkonflikt hat die Tendenz, sich zu einem großen, allgemeinen Krieg auszuweiten.

Die Kampfhandlungen wurden bereits auf Laos, Kambodscha und Nordvietnam ausgedehnt. Ein Teil der Führung der USA fordert offen den Präventivkrieg gegen China. Der Versuch, die anwachsenden Emanzipationsbewegungen in der „Dritten Welt“ gewaltsam niederzuhalten, muß zu einer Verschärfung der weltpolitischen Spannungen führen. Eine solche globale Auseinandersetzung ist langfristig kaum lokalisierbar.

Mit der wirtschaftlichen und militärischen Anspannung der USA in Vietnam und an anderen Krisenherden wächst der Druck der US-Regierung auf ihre Verbündeten, sich an den Lasten dieser Politik und ihren kriegesischen Folgen zu beteiligen. Weitere Mächte werden in diese Konflikte hineingezogen werden.

Das betrifft vor allem die mit den USA ökonomisch, militärisch und politisch eng verflochtene Bundesrepublik.

Durch ihre Wirtschaftshilfe an die Regierung des General Ky ist sie bereits — neben den USA — zur Hauptstütze eines Regimes geworden, das sich auf Adolf Hitler als Vorbild beruft. Ein derartiges Verhalten erhöht die Gefahr des Wiederbeginns des Kalten Kriegeuropa. Dies aber bedeutet die Verschärfung der mit den Notstandsgesetzen ohnehin schon offen geplanten Entdemokratisierung und Militarisierung der Bundesrepublik, die Verschärfung des Angriffes auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Daher erklären wir uns mit den Forderungen der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams und der amerikanischen Opposition solidarisch, die die Beendigung des Vietnam-Krieges durch den sofortigen Abzug der Truppen der USA fordern;

fordern wir die Einstellung jeder Hilfe der Bundesrepublik an das Saigoner Regime; wenden wir uns gegen jede Erhöhung der Rüstungsausgaben;

kämpfen wir für die in der Verfassung der Bundesrepublik festgelegten Prinzipien der politischen Demokratie, die die demokratische Bestimmung auch der Außenpolitik der Bundesrepublik ausdrücklich vorsieht und die daher den Ansatzpunkt bietet, mit demokratischen Mitteln einen entschiedenen Kampf gegen jede Beteiligung der Bundesrepublik an Angriffskriegen zu führen.

Verantwortlich: Reimut Reiche, 6 Frankfurt/Main, Wilhelm-Hauff-Straße5, Telefon 77 64 22 [S. 4]

In Südvietsam _____

kämpfen

375000 Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika

320000 Soldaten der Regierung in Saigon unter Nguyen Cao Ky

380000 Mann paramilitärische Einheiten

45000 Soldaten aus Südkorea

4500 Soldaten aus Australien

2000 Soldaten aus den Philippinen

1126500 gegen

112000 Soldaten der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams (Vietcong) 113000 Partisanen

der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams 45000 Soldaten der nordvietsamesischen Volksarmee

270000

Helft einem Volk, das sich seit mehr als zwanzig Jahren auflehnt gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

Helft einem Volk in seinem Kampf um politische und soziale Freiheit!

Helft der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams!

Sozialistischer Deutscher Studentenbund 6 Frankfurt am Main, Wilhelm-Hauff-Straße 5

Postscheckkonto Frankfurt am Main 31607

Spenden, die unter dem Kennwort „Vietnam“ eingehen, werden an das Rote Kreuz der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams weitergeleitet.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund –

Landesverband Hamburg

2 Hamburg 13, Edmund-Siemers-Allee 1, Universität-Postfach 23